

Venezuela 2: Der Niedergang des ‚bolivarischen Sozialismus‘ und seine Gründe (GS 2-18)

Zusammenfassung: Die Besonderheit des bolivarischen polit-ökonomischen Experiments, das soziale Programm nur durch die Öleinkünfte zu finanzieren, den Nationalkredit durch die Einnahmen eines Geldes von außen zu begründen und nicht durch eine Akkumulation im Inland, hat zu einer Zerfallslogik der Ökonomie geführt. Die Kapitalisten haben mit dem in die Gesellschaft gepumpten Dollar ihr Geschäft gemacht. Darüber ist immer mehr Bedarf nach Dollar entstanden. Die Grundlage des venezolanischen Nationalkredits ist auch die Grundlage der Zerstörung seines Werts (laufende Inflation). Die lohnende Vermehrung für die Kapitalisten hat sich gegen die Dollareinnahmen des Staates gewendet, d.h. dessen Dollareinnahmen vermindert und damit das anvisierte Aufbauprojekt immer schwieriger gemacht.

\*

Dann kam in den letzten Jahren einiges zusammen, was überhaupt diese Weltgeldquelle des Staates schrumpfen ließ.

— *Das Finanzkapital nimmt in seiner Weise Einfluss auf den Reichtum eines Ölstaates wie Venezuela. Es verhandelt an den Rohstoffbörsen über die Höhe der Ölpreise und spekuliert mit dem Fallen und Steigen der Preise. Darüber nimmt es Einfluss auf die Höhe der Einnahmen des Ölstaates. Und entscheidet so über die Verschuldung und Kreditfähigkeit des Landes.*

Im Artikel ist das spezieller bestimmt, weil er mit den letzten Jahren in Venezuela befasst ist. Der gravierende Punkt bei den Spekulationen ist, dass sich die Ölpreise um ungefähr ein Drittel reduziert haben.

— *Ausgangspunkt war nicht gleich das Resultat der Spekulationen des Finanzkapitals. Sowohl die verstärkte Förderung durch Saudi-Arabien als auch das neue Schieferöl der Amerikaner haben die gesamte Masse an Öl auf dem Markt erhöht.*

Venezuela ist ein Ölstaat, der das, was er an Weltgeld hat, durch den Verkauf seines Öls verdient. Das muss er in die Quelle seines Reichtums stecken, damit er sich diese in Konkurrenz zu anderen Ölförderländern erhält. Er hat es dabei überhaupt nicht in der Hand, inwieweit er mit dem Bemühen um eine verstärkte Förderung von Öl auf eine zahlungsfähige Nachfrage, also auf einen entsprechenden Absatz stößt. Das ist es, was Venezuela als eines von vielen Ölförderstaaten einholt. Es ist von einer Nachfrage abhängig, die sich ganz anders bestimmt. Da wurde in den letzten Jahren viel produziert und gleichzeitig hat es einen Einbruch bei der Nachfrage nach Öl einerseits durch die Wirtschaftskrise und andererseits durch das Bemühen um alternative Energiequellen gegeben.

— *Die Besonderheit Venezuelas ist, dass es mit seinen Ölförderanlagen anders kalkuliert. Die Pflege seiner Ölförderanlagen hat es von vorneherein nicht ausschließlich geschäftlich kalkuliert, sondern die Devisenausgaben für die Förderanlagen haben mit den Kosten für das Aufbauprogramm konkurriert. Die Kommentare dazu – die Förderanlagen sind verrotten, die haben keine Ahnung vom Geschäft – haben doch darin ihre widersprüchliche Grundlage. Sie hatten den Widerspruch am Hals, sich um die Ölförderanlagen kümmern zu müssen, wollten aber die Dollars, die das gekostet hätte, gerne anders verwenden.*

Mit dem Verfall des Ölpreises verringern sich die Dollareinnahmen und wenn ein Staat wie Venezuela seine Dollareinnahmen für sein Staatsprogramm nach innen verwendet, dann macht sich das als Abzug sowohl beim Ausbau als auch bei der Erneuerung seiner Ölförderanlagen und dem Rückgang der verkauften Menge geltend.

\*

— *Wenn die Kreditwürdigkeit Venezuelas beschädigt ist, Venezuela wegen des dringenden Bedarfs des Ausbaus der Förderanlagen auf Kredit angewiesen ist und die USA-Sanktionen das verhindern, ist das der Endpunkt.*

Vor diesem Endpunkt muss man sich in Erinnerung rufen, dass nicht nur der Wert des Nationalkredits Venezuelas auf den Dollareinkünften beruht, sondern die Dollareinkünfte durch das Öl auch die Grundlage ihrer Verschuldungsfähigkeit gewesen ist, die Chávez auch ordentlich in Anspruch genommen hat. Damit haben sie einen riesigen Schuldenberg angehäuft, der mit dem zunehmenden Rückgang der Dollareinkünfte zum Knackpunkt für das Finanzkapital wird.

— *Die zunehmende Verschuldung, die ja bereits stattfand, als die Öleinnahmen noch sprudelten, führt gleichzeitig zu höherem Dollarbedarf, um die Schulden bedienen zu können. Wenn die Dollareinnahmen sinken, bei gleichzeitig erhöhtem Aufwand für Kreditbedienung, lässt sich das Finanzkapital die unsicher gewordenen Kredite mit höheren Zinsen bezahlen und vergibt ggf. auch keine Kredite mehr.*

Das sind die Widersprüche, auf denen das Programm beruht hat. Das hat eine Zeit lang mit all den Abhängigkeiten funktioniert. Die haben sich anfänglich nicht negativ geltend gemacht, sondern mit denen konnte eine gute Weile im Sinne des bolivarischen Programms Politik gemacht werden. Es kann also nicht gesagt werden, dass eine nationale Ökonomie nicht auf der Basis eines Ölreichtums aufgebaut werden kann, wenn man selber keine kapitalistische Produktion im Land hat. Das hat wegen anderer Widersprüche nicht geklappt. Insofern ist es das einzig Vernünftige, mal zu verfolgen, woran das Programm gescheitert ist und nicht einfach nur mit einem Widerspruch das Scheitern zu begründen. Die Verlaufsform dieses Programms ist gerade bei einem Ölland auch von anderen politischen Zwecken und auch von weltpolitischen Lagen abhängig. So war z.B. der Fall des Ölpreises nicht politisch gegen Venezuela

gerichtet, sondern beruhte darauf, dass die USA ihr Schieferöl in Konkurrenz zu Saudi-Arabien auf den Markt bringen wollten und die daraufhin nicht ihre Produktion gedrosselt haben, sondern ihrerseits mit niedrigeren Ölpreisen – ihren billigeren Produktionskosten – gegen den der USA auf dem Ölmarkt konkurrierten. Das ist eine Bedingung, mit der dann Venezuela konfrontiert ist und da zeigt sich der Widerspruch der Abhängigkeit der ganzen Ökonomie von der auswärtigen Benutzung ihres Öls.

— *Trotz der Risiken kauft das globale Finanzkapital noch die Anleihen und lässt sich das erhöhte Risiko dieser Anleihen mit hohen Zinsen vergüten. Sie vertrauen auf ihre Mittel und dass deshalb Venezuela nichts anderes übrig bleibt, als die Kredite zu bedienen.*

Da Venezuela immer höhere Zinsen für seine Kredite bezahlen muss, dreht sich das Ganze um: sie müssen ihre anderen Projekte streichen. Die Dollareinkünfte sind nur noch da, um die Kredite zu bedienen. Da werden vom Finanzkapital dann auch weniger Anleihen gekauft, weil die Sicherheit, die sie im Öl hatten, jetzt beschädigt ist.

Venezuela arbeitet sich da an einem Widerspruch ab. Wegen der sinkenden Öleinnahmen sind sie auf Kredite des internationalen Finanzkapitals angewiesen. Das Finanzkapital macht ihnen gegenüber andererseits geltend, dass sie keine guten Schuldner mehr sind, und verlangt deswegen höhere Zinsen und Sonderbedingungen für die Vergabe weiterer Kredite. Das wiederum macht für Venezuela die Notwendigkeit auf, sich unbedingt um ihre Kreditwürdigkeit zu kümmern, was wiederum ihre Zahlungsnöte verschärft. Das ist die Fortsetzung des widersprüchlichen Ausgangspunkts. Sie sind kreditwürdig, weil sie eine sprudelnde Ölquelle haben. Jetzt hat sich das umgedreht: Damit ihre Ölquelle sprudelt, brauchen sie einen Kredit, den sie nur noch unter verschärften Bedingungen erhalten, weswegen sie sich verschärft um ihre Kreditwürdigkeit kümmern müssen. Da muss man gar nicht darüber nachdenken, ob dieser Widerspruch gut geht oder nicht. Dass diese Sorte von Finanzierung zusammenbrach, lag an äußeren Interessen.

Der hohe Schuldenberg Venezuelas müsste auf eine finanzierbare neue Grundlage gestellt werden. Um diese Umschuldung vom Finanzkapital zu erhalten, muss Venezuela seine Kreditwürdigkeit durch Bedienung der laufenden Kredite beweisen. Auf Seiten des Finanzkapitals hat es auch eine Bereitschaft zu Umschuldungsverhandlungen gegeben. Es war die Entscheidung der USA, diese Umschuldung nicht zuzulassen.

\*

Was Venezuela dann noch bleibt, sind China und Russland. Die tätigen dort weiterhin ihre Geschäfte und zeigen auch Bereitschaft, diese zu kreditieren. Und diese Geschäfte gehen mit einer Verpfändung der zukünftigen Öleinnahmen und Ölquellen Venezuelas einher.

— *Kann man sagen, dass auf diese Weise der Ölexport gar nicht mehr als Geschäft, sondern nur noch als Aufrechterhaltung des Status Quo vorkommt? Das Öl wird ja verpfändet gegen Kreditzusagen von China und Russland, um den totalen ökonomischen Absturz abzuwenden.*

— *Das ist härter auszudrücken: China und Russland haben ihrerseits Interessen an diesem Ölland und durch ihre Kreditierung tragen sie zum Niedergang der venezolanischen Ökonomie bei.*

Insofern kann man von einem Kontrastprogramm zu den Amis sprechen. Die Amis behindern die Refinanzierung Venezuelas, indem sie ihren Banken Geschäfte mit ihm verbieten. Demgegenüber zielt die chinesisch/russische Unterstützung auf die Erhaltung der Existenz eines antiamerikanisch ausgerichteten Staates. Dafür zahlt Venezuela einen Preis: Es tritt in zunehmenden Maße seine Reichtumsquellen an die beiden Staaten ab.

— *Der Preis sieht so aus, dass Venezuela mit der Verpfändung seines Ölreichtums die Basis für seine Verschuldungsfähigkeit weg gibt.*

— *Es findet ein Streit um die Unterordnung Venezuelas statt, um politische Anrechte auf diesen Staat und auf seinen Ölreichtum. Dafür wird es kreditiert. China und Russland wollen auf die Weise ihren politischen und ökonomischen Einfluss sichern. Die steigen als Konkurrenten der USA dort ein.*

China/Russland konterkarieren die amerikanischen Erpressungen gegenüber Venezuela, die darin bestehen, ihm den Zugang zum Weltfinanzmarkt zu verschließen. Deshalb geht es immer noch ein Stück weiter.

Wenn auf diese Weise Venezuela zahlungsfähig erhalten wird, dann unterstellt dies, dass das internationale Finanzkapital diesem Land zunehmend misstrauisch gegenüber getreten ist und letztlich seine Kreditierung aufgrund eines politischen Beschlusses aufgekündigt hat. Insofern ist der Gedanke, die Kreditierung durch China/Russland würde Venezuelas Kreditwürdigkeit untergraben, ein Rückfall hinter den jetzt erreichten Status von Venezuela. Wenn der Kredit, den sie jetzt noch kriegen, auf politischen Erwägungen beruht, dann geht es nicht mehr um Kreditwürdigkeit, sondern um das Aufrechterhalten der puren Zahlungsfähigkeit.

— *Was bedeutet es eigentlich, wenn Venezuela nun sein Öl verpfändet?*

Dass sie ihr Öl weggeben für einen Kredit, den sie vorher schon verwendet haben. Das schmälert ihre zukünftigen Einnahmen. Daran wird deren Notlage deutlich. Der staatliche Existenzerhalt wird mit dem Verzicht auf zukünftige Weltgeldeinnahmen erkaufte. Der andere Schluss lautet: diejenigen, die diese Kreditgarantien oder Überbrückungskredite etc. gewähren, sind aus sehr eigennützigen Gründen an dieser Geschäftsbeziehung interessiert. Das sind ihre Mittel, um auf Venezuela so Einfluss zu nehmen, dass sie dieses Land für ihre Interessen herrichten. China als der größte Ölimporteur macht Venezuela von sich

abhängig und Russland erweitert auf diese Art seine Geschäftsfelder, sichert sich neue Fördergebiete für die Zukunft auch auf diesem Kontinent. (Rosneft beteiligt sich an der Erschließung neuer Ölquellen in Venezuela [Fn. 28])

— Auf S. 99 u. stehen bilanzierend die Gründe für den Ruin Venezuelas.: „So rächt sich jetzt am Volk, dass es zwar in den Rang einer nationalen Ressource befördert und mit allerlei Voraussetzungen und Fähigkeiten ausgestattet wurde, die aber nie zu einer Anwendung führten, welche die vielen Dollars gerechtfertigt hätte, die der Staat dafür aufwandte ... Diese politökonomische Niederlage wird vom Finanzkapital vollstreckt, indem es einem Programm die Mittel entzieht, das sich nach den gültigen kapitalistischen Maßstäben als ruinös erwiesen hat.“ Ich verstehe das so: Venezuela hat probiert, eine Sorte Akkumulation hinzukriegen, von der das Volk dann auch leben können soll. Dieses Programm hat sich nach den gültigen kapitalistischen Maßstäben als ruinös erwiesen. Nicht weil die Finanzkapitalisten dort verschreckt worden sind, sondern weil sie Teil dieses Programms waren. Die Vollstrecker entziehen diesem Staatsprogramm nun die Mittel, auf die es angewiesen ist. Das Urteil heißt, Öleinnahmen sind nicht dazu da, eine Ökonomie, die sich nicht rentiert, zu bezuschussen, ein Volk, das sich nicht lohnt, in den Zustand einer Ressource zu versetzen. Das ist eine Zweckentfremdung des Geldes.

Diese Lektion wird vom Finanzkapital erteilt. Dem Volk wird glatt ein Lebensunterhalt ermöglicht, ohne dass es in eine lohnende produktive Nutzung eingebunden wird. Das aber ist nicht die gültige kapitalistische Rechnungsweise. Das Volk ist in Venezuela nicht die abhängige Variable davon, dass mit ihnen rentable Geschäfte gemacht werden, sondern die abhängige Variable davon, dass der Staat mit seinen Weltgeldeinnahmen ein Programm finanziert, damit dort Geschäft in Gang kommt.

— Das kann man auch noch mal am Artikel entlang aufrollen. Das Finanzkapital vollstreckt so sein Urteil über die genannte Zweckentfremdung der Öleinnahmen. Das stimmt im Resultat. Bloß, was ist da passiert? Die Zweckentfremdung ist all das, was in der vergangenen Sitzung besprochen wurde. Der Versuch, eine nationale Ökonomie aufzubauen, wo Venezuela an allen Punkten feststellen musste, es verbraucht seine Dollareinnahmen in zunehmendem Maße, aber das, was der Staat an Geld vorschießt, schafft keine neuen Reichtumsquellen im Land, sondern zehrt die Devisen auf. Genauso verhält es sich mit dem Volk. Chávez setzte es in stand und das kostet, aber das Ergebnis ist kein Volk, das sich für die Produktion eines kapitalistischen Reichtums nützlich macht. Das schlägt sich in der Bilanz des Staates nieder. Und dieses Resultat bewertet das Finanzkapital, stellt fest, dass Venezuelas Zahlungsfähigkeit infrage gestellt ist. Dann fängt das Rating an und so weiter ... Diese Übergänge sind nicht so abstrakt als Zweckentfremdung der Öleinnahmen festzuhalten. Die Zweckentfremdungen waren ja erst mal positives Mittel des Geschäfts, worauf die Finanzkapitalisten eingestiegen sind.

— Aber an dieser Stelle des Artikels wird doch eine Bilanz festgehalten. Warum soll man das jetzt alles nochmal rückwärts denken?

— Es ist festzuhalten, dass der Staat vom Kapital verlangt, Mindestlöhne zu bezahlen und Leute zu beschäftigen, obwohl sie vom Standpunkt des Dollarverdienens nicht lohnend sind, weil importierte Waren billiger hergestellt werden. Da sieht man, dass dieser Staat entgegen den Rentabilitätskriterien der Geschäftswelt agiert. Das alles wird vom Finanzkapital abgestraft, weil der Staat seine Kredite nicht mehr bedienen kann.

— Und das ist etwas Anderes als festzustellen: was der venezolanische Staat sich da vorgenommen hat, kann gar nicht aufgehen.

Im Artikel ist nicht die Rede davon, dass das Chávez-Programm nicht aufgehen konnte. Vielmehr wird ein Urteil des Finanzkapitals festgehalten, dass aus Venezuela nichts geworden sei. Gemäß ihrer kapitalistischen Maßstäbe halten sie fest, dass kein lohnendes Geschäft entstanden ist, sondern bloß Geld für den Unterhalt des Volkes rausgeschmissen wurde und dann vollstrecken sie ihr Urteil. Die „gültigen kapitalistischen Maßstäbe“ sind eben die des Finanzkapitals.

— Ja und das spricht nicht gegen diese Maßstäbe, sondern ausgerechnet gegen diejenigen, die das entgegen dieser Maßstäbe versucht haben.

Vor dem eben besprochenen Resümee kommen im Artikel noch Ausführungen zum nationalen venezolanischen Geld. Dass der Staat über Weltgeld verfügt hat, war einerseits die Grundlage dafür, dass er international kreditwürdig war und zugleich war das auch die Grundlage dafür, dass Chávez sein nationales Geld benutzen, sich also im eigenen Geld verschulden konnte. Deshalb ist mit der Infragestellung seiner internationalen Kreditwürdigkeit zugleich auch seine nationale Verschuldungsfähigkeit vernichtet.

Praktisch macht sich das so geltend, dass dem Staat die Dollars fehlen, wenn die Geschäftsleute ihren Bolívar umtauschen wollen. Auf diese Weise kommt es zur Entwertung des Geldes, was dann als Hyperinflation gekennzeichnet wird. Um an Dollar zu kommen, müssen die Leute immer mehr Bolívar hinlegen. Wir hatten den Inflationspunkt schon angesprochen, als es um die Art und Weise der Geschäftemacherei der Kapitalisten ging, die die kontinuierliche staatlich gestiftete Konsumkraft ausgenutzt und immer höhere Preise verlangt haben (jahrelang betrug die Inflationsrate zwischen 18-20%). Die Hyperinflation fängt da an, wo Venezuela keine Dollars mehr hat, die Werthaltigkeit seines Nationalkredits aber ausschließlich auf dem Dollar beruht.

Damit ist auch der Nationalkredit zerstört. Das ist ja auch der Übergang zu dem hier am Volk Besprochenen, dass die Leute sich von dem Geld nichts mehr kaufen können.

— Dass „das Programm an der Sorte Reichtum scheitert, über die es einzig verfügt“ (S. 99) verstehe ich

so, dass in der Art ihrer Einnahmequelle – Öl verkaufen und dadurch an Weltgeld kommen – schon das ganze polit-ökonomische Machtverhältnis enthalten ist. Das heißt auf der einen Seite: der Rohstoff, über den sie nur verfügen, wird (erst) zu Reichtum in der Hand von auswärtigen, internationalen Kapitalen. Damit hängen sie komplett von den Kalkulationen und Konjunkturen ihrer auswärtigen Abnehmer ab. Durch diesen Status, ein Ölland zu sein, werden die Grenzen und Freiheiten dessen, was so ein Land mit dem Geld überhaupt anfangen kann, bestimmt durchs Finanzkapital. An diesem Status ist das Programm gescheitert.

— Und an der Gewalt einer übergeordneten Macht, der USA, die dafür sorgen, dass Staaten Ölstaaten sind und bleiben.

Das Programm wollte sich mit dem Status Ölland ja nicht begnügen, sondern etwas anderes daraus machen. Wie unversöhnlich dieser Widerspruch ist, den sie von Anfang an mit ihrem Vorhaben hatten, zeigt sich gerade oder auch im Niedergang.

\*

— Das Zitat aus der 'taz' „Blinde Solidarität aufgeben“ (siehe Anhang, 4. Absatz) müsste durch die Argumente des Artikels widerlegt sein. Der Chávez-Maduro-Staat hat ja gerade das Experiment durchgezogen, dass er als politisches Subjekt mit Hilfe seiner Öleinnahmen dafür sorgen wollte, dass 1. sein Volk anders bedient wird durch diesen Reichtum und er sich 2. tendenziell aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Nationen lösen kann. Der Artikel beweist: das mag sich der Staat ja vornehmen, aber dann gerät er wegen der Abhängigkeit von den Kalkulationen der potenten Wirtschaftsnationen in die besprochenen Widersprüche. Dagegen behauptet B. Pickert von der taz, weil 'die Gier der Kapitalisten alles kaputt macht', komme es umso mehr darauf an, dass ein Staat sich um ein anderes Programm kümmere und die Leute in ihren Grundbedürfnissen bedient werden. Dagegen kann man halten: Schau das Programm in Venezuela an, da hat ein Staat das versucht. Im Artikel ist der Beweis geführt: Ein Staat mit dem Status Ölland macht sich in seinem Programm abhängig von imperialistischen Staaten, die ihre Kalkulationen mit dem Weltölmarkt haben, die sie an diesen Staaten exekutieren.

— Wie erklärt man sich aber den taz-Vorwurf an die Chávez-Leute: „die Krise ... liegt nicht an ausländischen Interventionen; sie ist hausgemacht“ (1. Abs.)?

Das sind die beiden bemerkenswerten Seiten am Zitat: Das erste ist die Abteilung, wo die Linken sehr viel übrig hatten für das Programm von Chávez, weil sie da ihre eigene Ideale entdeckt haben, der Staat könnte gegen die Gier der Kapitalisten eine linke Grundvorstellung erfüllen, indem er für Bildung und überhaupt Auskommen der Leute sorgt. Dazu ist gesagt worden, diese Ideale beißen sich mit dem, was im Kapitalismus, speziell bei einem Ölland der Sache nach vorliegt. Die 2. Seite von dem Zitat, dem „hausgemacht“, ist, dass sich nicht darum gekümmert wird, in welche polit-ökonomischen Verhältnisse das Land eingebunden ist und auf welche Machtverhältnisse es deswegen stößt – ökonomischer wie politischer Art. Sondern sich dieses Diktum leistet: Die sind selber schuld, dass es ihnen jetzt so dreckig geht. Das „es liegt nicht an ausländischen Interventionen“, ist eine Schuldzuweisung an dieses politische Programm: sie dürften sich nicht darauf rausreden, dass ihnen die USA das Leben schwer gemacht haben, es ist deren Fehler. Deswegen darf man nicht mehr mit denen solidarisch sein.

— Und gleichzeitig ist es noch so selbstbezüglich und wird richtig schäbig, wenn er sagt, sie hätten so gerne weitergeträumt, dass linke Ideen vom Sozialismus möglich sind, und das vermasseln die.

— Kritiklos fordern sie erst Solidarität, dann charakterisieren sie das Chávez-Regime als in seinem Gehalt, also nicht vom Resultat her, abgewirtschaftet und nur noch militärisch abgesichert.

Aber es ist ziemlich sinnlos, denen klar zu machen: aber das hat doch Venezuela gerade versucht. Weil dieser taz-Schreiber redet gar nicht über Venezuela. Er – und die anderen auch – lässt sich ja gar nicht auf das ein, was da passiert ist, sondern geht von einem ganz äußerlichen Standpunkt heran. Einerseits stellt er offensichtlich fest, da geht ein Land den Bach runter, und dann steht für ihn erst mal als Dogma fest, das solle man nicht nur den Imperialisten in die Schuhe schieben; er macht gleich die Schuldfrage auf: die sind selber schuld. Dann setzt er noch eins drauf: Nicht nur, dass die Scheiße gebaut haben und das Volk darunter leidet, sondern der linken Bewegung haben sie geschadet. Einzuschätzen, was das Resultat auf die linke Bewegung für Wirkungen hat und am Schluss noch festzuhalten, an welchem Ideal er aber festhalten will, ist ein noch abgehobenerer Gesichtspunkt. Von daher ist es nicht adäquat, überhaupt darauf einzugehen, dass der ein Urteil über Venezuela hätte fällen wollen.

Diese Zukunftsvorstellungen (die aufrecht erhalten bleiben sollen) waren doch das, weshalb sie sich für Venezuela begeistert haben. Das passt zu dem Argument, dass die sich in dem Sinne nie der Sache nach für Venezuela interessiert haben. Aber früher mal haben sie das unter die (am Schluss benannte) linke Grundvorstellung: der Staat macht sich ums Volk verdient, subsumiert.

Die haben also nichts gelernt; sie halten an ihren alten Dogmen fest, unabhängig davon, was, unter welchen Bedingungen daraus wird. Sie negieren die Notwendigkeiten des Kapitalismus und setzen dagegen ihr Ideal als den besten Weg. Sie kritisieren gar nicht den Kapitalismus. Gut, sie sagen, der Kapitalismus macht sowas kaputt, aber anstatt sich dann über den Kapitalismus aufzuregen, kritisieren die den überhaupt nicht, sondern die Chávez-Leute, und das nur aus dem Grund, weil das Programm nicht geklappt hat. Dass sie dagegen ein Ideal festhalten, das Chávez selbst hatte, kann man ja sagen. Aber sie kümmern sich nicht um das, was im Land passiert ist, sondern kommen einerseits mit einer moralischen Frage und dann dem moralischen Vorwurf, das schadet der Linken, um dann dagegen zu sagen: aber die Linke hat nach wie vor

ein gutes Anliegen.

Weil er alles von der Wirkung auf das Ansehen seiner Ideale in der Welt aus betrachtet, kommt er auf „hausgemacht“. Und wenn er meint, die Chávez-/Maduro-Regierung habe kein gutes Ansehen, dann schadet das dem eigenen Ansehen, dann muss man sich von ihnen distanzieren und ihnen die Schuld zuweisen.

— *Insofern bezieht er sich nicht auf einen Programmpunkt von Chávez, sondern nur auf das Resultat: gescheitert, daran sieht man, das kann kein linkes Programm gewesen sein, sondern ein Verstoß gegen linke Vorstellungen.*

— *Auch so harmlose Bewegungen wie die Podemos oder der französische Ableger der KPF, Mélenchon (vgl. 3. Abs.) werden noch mal diskreditiert, die sollen ein Beitrag gewesen sein, ausgerechnet zum Niedergang von Venezuela. Ein Aberwitz, wie abgehoben dieser taz-Teil ist.*

Und wie brutal abstrahiert ist von jedem Imperialismus: der Niedergang „liegt nicht an ausländischen Interventionen“. Mit dem Befund: der hat alles selbst vergeigt, unterscheidet er sich nicht mehr von den Bürgerlichen, die sagen: wo sie doch so viel Öl gehabt haben. Er pflegt weiter seine Ideale.

\*

Das nächste Zitat ist bemerkenswert, weil dieser D. Azzellini schon seit 20 Jahren als (immer noch) begeisterter Mensch für basis-demokratische Aktivitäten in Venezuela zugange ist und auch 2018 (immer noch) das Gleiche schreibt. Er benennt noch, dass nichts mehr im Lande hinsieht, um dann zu sagen: aber es gibt immer noch was, wo wir Hoffnung haben können. Der alte Artikel (GS 1-07) endet mit dieser Abteilung der Linken, die immer Begeisterung zeigen für die *Möglichkeit*, dorthin zu reisen, mitzuarbeiten, linke Solidarität zu lernen in diesen Kooperativen, die runter konkurriert wurden und total kaputt sind. Der bringt es immer noch auf, das für eine Quelle der Hoffnung zu befinden.

Die Quelle seiner Hoffnung ist sehr tautologisch: Weil andere Venezuela zerstören wollen, müssen wir es verteidigen. Er argumentiert überhaupt nicht dafür, was man sich vornehmen sollte und wie man es anstellen sollte, sondern dreht praktisch den Niedergang und das Angefeindet-sein vollständig um, das kann für ihn genauso gut der Anfang vom Aufschwung sein. Deswegen findet er ja ein ‚immer noch‘, weil er nichts anderes betreibt, als danach zu suchen. Das kann man 20 Jahre lang machen.

\*

Vorher wurde ausgeführt, dass das Programm an dem politökonomischen Status scheitert, den dieses Land als Öllieferland hat, an den eingerichteten politischen und ökonomischen Machtverhältnissen. Der letzte Punkt nimmt dazu Stellung, dass damit aber diese Regierung mit ihrem Staatsprogramm noch nicht einfach vom Erdboden verschwunden ist. Worum dreht sich also das politische Leben in diesem Land, um was geht es da?

— *Von dem positiven Inhalt, den das chávistische Programm einmal hatte, ist nichts mehr übriggeblieben. Das politische Leben im Land ist einerseits geprägt durch den Machtkampf zwischen Regierung und Opposition, der sich noch demokratischer Institutionen bedient, indem man sich wechselseitig die Legitimität bestreitet oder neue Institutionen ins Leben ruft, wie es die Regierung mit der verfassungsgebenden Versammlung gemacht hat und andererseits durch direkte militärische Auseinandersetzungen, Sabotage auf Seiten der Opposition, direkte Repression durch die Regierung. Das Militär hält anscheinend immer noch zur Regierung, der Machtkampf ist noch nicht entschieden, aber was aus diesem Land wird, hängt gar nicht von ihm selbst ab, sondern von den auswärtigen Interessen, die sich dort konkurrierend zu schaffen machen – die Finanzierung durch Russland und China wurde ja schon erwähnt.*

Dass der Machtkampf sich so abspielt, wie er es derzeit tut, hat seinen Grund auch darin, dass Maduro und die Chávisten noch einen großen Rückhalt im Volk haben, das sie jahrelang alimentiert und ausgebildet haben. Auf dieser Grundlage hält Maduro sich noch gegenüber einer von den USA unterstützten Opposition, aber eben mit Hilfe des Militärs, das dem Programm gegenüber immer noch solidarisch bleibt. Zwar waren bei den Wahlen, die er zum allgemeinen Erstaunen gewonnen hat, einige Tricks dabei, aber der Rückhalt im Volk ist eben auch noch vorhanden.

— *Eine Frage: „Die USA (haben) aus ihrer prinzipiellen Feindschaft zum chávistischen Aufrührer ... nie einen Hehl gemacht“ (S. 101, u.), aber gab es unter Obama nicht so etwas wie eine Annäherung?*

Es gab Initiativen, dass Lateinamerika mehr mit den USA zusammenarbeiten müsste, aber auch unter Obama gab es nie ein irgendwie geartetes Entgegenkommen gegenüber Venezuela. Andersrum ist Venezuela für die USA nach wie vor ein wichtiger Öl-Exporteur und bisher haben sie sich noch nicht entschlossen, daran etwas zu ändern. Aber die diversen Sabotage-Akte durch die Opposition sind natürlich von der CIA unterstützt, auch zu Zeiten Obamas.

— *Es wurde vorher gesagt, dass Maduro noch die Unterstützung großer Teile des Volkes hat und auf S. 101 ist beschrieben, wie die beiden Seiten um Zustimmung buhlen. Auch die Sabotageakte sollen darauf zielen, dass das bisherige sozialistische Programm abgewählt wird. Also beide Parteien – Regierung und Opposition – setzen noch auf die demokratische Gepflogenheit der Ermächtigung vom Volk durch Wahlen.*

— *Das Buhlen um die Zustimmung des Volkes benutzt als ‚Methode‘ von der einen Seite die Demonstration, dass die Staatsgewalt sich hält – dazu gehört auch das Ansetzen von Wahlen –, von der anderen die Demonstration, dass die Staatsgewalt am Ende ist und dazu gehört auch Sabotage. Und jetzt*

*gibt es von beiden Parteien aus ein Hin und Her zwischen diesen ‚Methoden‘.*

Insofern werden die jeweiligen Teile des Volkes nicht einfach dafür mobilisiert, dass sie ihr Kreuzchen machen und wieder nach Hause gehen, sondern sie werden dafür mobilisiert, zu demonstrieren und ihre Unterstützung für die Partei zu praktizieren, die sie dann auch wählen, aber das geht weit über ein Kreuzchen machen hinaus.

Einerseits ist das Ganze ein demokratisches Manöver in dem Sinne, dass da Wahlen veranstaltet werden und die eine oder andere Seite ins Recht gesetzt wird – dafür hat Maduro ja eine neue Versammlung wählen lassen gegen das alte Parlament und die Gegner haben sich auf dessen Legitimität berufen. Dass mit demokratischen Verfahrensweisen die Legitimität der eigenen Politik unterstrichen werden soll, ist das eine, das andere ist, dass es eben nicht nur ums Kreuzchen machen geht, sondern um die Mobilisierung der Leute, die sich als Anhänger und Aktivisten der eigenen Politik betätigen sollen – die entsprechenden Auseinandersetzungen mit Straßenschlachten und Belagerungen hat es ja alles gegeben.

Wie es weitergeht, wie sich dieser interne Machtkampf entwickelt, hängt letztlich daran, wie sich einerseits die USA ihren Umgang mit Venezuela vorbehalten – ob sie es bei der massiven Unterstützung der Opposition belassen, ob sie die Sanktionen verschärfen, ob sie militärische Optionen (von der Trump-Regierung des öfteren angekündigt) aktivieren –, aber das ist nicht nur eine Entscheidung auf Venezuela bezogen, sondern vor allem eine in Bezug auf die konkurrierenden Mitmächte. Es wird also von den USA immer darauf reflektiert, wie diese Mächte sich zu Venezuela stellen, welche Interessen sie an diesem Land geltend machen, weil man es bei der Eskalation der Auseinandersetzungen mit denen und deren politischen und ökonomischen Berechnungen zu tun bekommt.

\*

Von dem Standpunkt aus kann man sich das erste Zitat vom Aufruf der LINKEN zu Venezuela anschauen: Sie „verurteilt die Versuche der USA, der EU und der OAS, die gegenwärtigen Konflikte in Venezuela zu eskalieren und das Land zu destabilisieren“ (vgl. Anhang, 6. Abs.). Was gleich bemerkbar ist: Sie kommt in dem Aufruf total ohne einen Gedanken darüber aus, mit was für Verhältnissen man es in Venezuela zu tun hat. Wenn sie zu Solidarität mit der bolivarianischen Revolution auffordert, dann hat das einen ganz anderen Grund, der mit Venezuela wenig zu tun hat, sondern daraus resultiert, dass sie – unabhängig von dem, was dort los ist – Kritiker der USA und Co. ist. Sie hat eine gewisse Vorstellung davon, was eine ordentliche, fortschrittliche linke Politik sein soll und misst daran die Politik, die auf der Welt passiert. Wenn sie darüber den USA gegenüber kritisch wird, dann ist *das* andersrum der Grund für ihre Begeisterung für die Verhältnisse in Venezuela.

— *Und wenn „Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise“ gefordert werden, dann ist die Wirtschaftskrise völlig subjektiv etwas, das kommt oder geht und irgendwas bedroht, ohne sich darum zu kümmern, was da los ist.*

Das ist schon sehr ignorant formuliert, die Zustände, die da herrschen, als Wirtschaftskrise zu bezeichnen. Auch im ersten Absatz, wenn von „eskalieren“ etc. die Rede ist, ist die politökonomische Herrschaft der USA und der übrigen Imperialisten herausgekürzt.

— *Der Mangel an sachlicher Beschäftigung mit dem, was da los ist, ist schon recht deutlich. Man will ihnen ja nicht vorwerfen, dass sie nichts bewirken, aber wie sie sich da in die Brust werfen – die Linke „verurteilt, fordert, erklärt sich solidarisch“ etc. – ist das eine Tour, sich auf Augenhöhe mit den imperialistischen Adressaten zu begeben.*

— *Und genau zu wissen, was für dieses Land gemäß ihren Idealen das Beste wäre – das ist auch eine Tour, sich in die alternative imperialistische Konkurrenz um dieses Land einzumischen – so, als ob man da was zu sagen hätte.*

Sie kriegen auch mit, dass da ein Machtkampf stattfindet zwischen den Parteien, die noch hinter dem chávistischen Programm stehen und den Feinden dieser Politik. Bei diesem Machtkampf stellen sie sich eindeutig auf eine Seite, aber dies eben *nicht ausgehend von einem Urteil*, das sie über die dortige Auseinandersetzung haben. Sondern ihre Parteinahme für die bolivarianische Revolution resultiert aus ihren Idealen bezüglich dessen, wie Weltpolitik zu gehen hätte, wie man z.B. die Integration in Südamerika oder Beseitigung von Wirtschaftskrisen zu betreiben hätte und an diesen idealistischen Maßstäben wird die imperialistische Politik gemessen.

Und von da aus wird dann durchaus zutraulich bei der Bundesregierung für die Verwirklichung dieser alternativen Vorstellung geworben.

Nächstes Mal (16.7.): Die Zuschrift zu ‚Die Psychologie des bürgerlichen Individuums‘ (GS 2-18).

### **Blinde Solidarität aufgeben**

Dass die Krise in Venezuela sozial und ökonomisch so dramatisch ist, liegt nicht an ausländischen Interventionen. Sie ist hausgemacht.

Als ob die Idee des Sozialismus das auch noch gebraucht hätte: Was derzeit in Venezuela geschieht, dürfte den Verfechtern konservativen und marktapologetischen Denkens in die Hände spielen - auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus. Und dies nicht nur in Lateiname rika, sondern womöglich weltweit.

Dazu kommt, dass die fatale und oft vollkommen kritiklose Solidarität mit der abgewirtschafteten und vom Militär abgesicherten Regierung in Venezuela, auf die deren Präsident Nicolas Maduro bei vielen Linken weltweit zählen kann, jede Idee linker Gesellschaftsveränderung weiter diskreditiert. Diese kritiklose Unterstützung ist nicht nur in Brasilien und Mexiko zu finden, sondern zum Beispiel auch bei der spanischen Podemos und beim französischen Linkspolitiker Mélenchon.

Dabei ist es notwendiger denn je, sich für eine andere Zukunft einzusetzen: Denn der Kapitalismus, der die unproduktive Gier zur legitimen Maxime jeden gesellschaftlichen Handelns erklärt, zerstört die Lebensgrundlage aller. Dagegen braucht es die linke Grundvorstellung, der Staat habe dafür zu sorgen, dass der erarbeitete Wohlstand einer Gesellschaft dazu benutzt wird, die Grundbedürfnisse aller Bürger\_innen zu decken - also Bildung, Gesundheit, Nahrung und kulturelle Teilhabe zu garantieren.

(TAZ Bernd Pickert, 10.8.2017)

### **Dario Azzellini:**

Trotz der aktuellen Krise durch den Zusammenbruch der Ölpreise, der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Einkreisung Venezuelas, trotz der gewalttätigen Angriffe der Opposition, dem Wirtschaftskrieg der Privatunternehmer, Mafias und Finanzinstitutionen, und auch der Fehler der Regierung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht, gibt es immer noch ein breites Geflecht alternativer, populärer Projekte, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, denn dort entsteht das neue Venezuela. Und es ist dieses Venezuela, das verteidigt werden muss, weil es das Venezuela ist, das zerstört werden soll, weil es eine Quelle der Hoffnung ist. Es zeugt von der Möglichkeit, dass eine andere Welt notwendig und möglich ist. (amerika 21, 22.05.2018)

### **Solidarität mit Venezuela!**

DIE LINKE verurteilt die Versuche der USA, der EU und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die gegenwärtigen Konflikte in Venezuela zu eskalieren und das Land zu destabilisieren, ebenso die ausländische Unterstützung der gewalttätigen Opposition in Venezuela. Diese Einmischung richtet sich einerseits gegen den gewählten Präsidenten Maduro und seine Regierung, andererseits gegen den Integrationsprozess in Lateinamerika, den Venezuela mit initiiert hat.

DIE LINKE fordert das Ende dieses Wirtschaftskrieges, unter dem die Bevölkerung leidet und der einen Regierungswechsel erzwingen soll. Die Bolivarianische Republik Venezuela, die Regierung Maduro und die Bevölkerung des Landes brauchen in der gegenwärtigen Situation die Solidarität der Linken weltweit in besonderem Maße! Das Foro de Sao Paulo, der Verbund der linken Parteien Lateinamerikas, hat zu weltweiten Solidaritätsaktionen mit Venezuela aufgerufen.

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der bolivarianischen Revolution, wie sie von Hugo Chávez eingeleitet wurde, um die demokratischen und sozialen Errungenschaften in Venezuela zu bewahren und zu entwickeln. Es müssen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise unternommen werden, weil dadurch die Errungenschaften der bolivarianischen Revolution bedroht werden.

DIE LINKE steht an der Seite aller linken Kräfte in Lateinamerika, einschließlich der sozialistischen Regierung in Venezuela. Die Bundesregierung fordern wir auf, einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Dialog und zur Deeskalation in Venezuela zu leisten.

(Hannoverscher Parteitag der LINKEN, 11.06.2017)